EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

6.4.2005 PE 355.795v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-114

Entwurf eines Berichts **(PE 355.475v01-00)**
Claude Moraes
Schutz von Minderheiten und Maßnahmen gegen Diskriminierung in einem erweiterten Europa
(2005/2008(INI))

Entschließungsantrag

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 1
Erwägung A (neu)

A. ***in der Erwägung, dass nationale Minderheiten zum Reichtum Europas beitragen,***

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 2
Erwägung B (neu)

B. ***unter Hinweis darauf, dass Gleichbehandlung kein Privileg, sondern ein Grundrecht aller Bürger ist und Toleranz eine allgemeine Lebenseinstellung nicht eine Gunst sein sollte, die einigen gewährt wird und anderen nicht; in der Erwägung, dass deshalb jegliche Form der Diskriminierung mit gleichem Nachdruck bekämpft werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 3
Bezugsvermerk 4 a (neu)

- ***gestützt auf Artikel I-14 des Verfassungsvertrags betreffend die Bereiche mit geteilter Zuständigkeit, der der EU Zuständigkeiten für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, einschließlich der Menschenrechte unter Berücksichtigung der Tatsache überträgt, dass Minderheitenrechte ein Schlüsselelement der allgemeinen Menschenrechte darstellen,***

Or. en

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 4
Ziffer 1 Spiegelstrich 1

- die Bindungen zwischen den Völkern der Union und dem Projekt, dass sie verkörpert, zu festigen und gleichzeitig das Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union zu stärken sowie die Geschichte, Kultur, ***Traditionen,*** Identität und Einzigartigkeit eines jeden ***Volkes*** anzuerkennen,

Or. it

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 5
Ziffer 1 Spiegelstrich 1

- die Bindungen zwischen den Völkern der Union und dem Projekt, das sie verkörpert, ***sowohl*** das Gefühl der ***Kontinuität mit der EU-Tradition, der Schaffung und Entwicklung des Wohlfahrtstaats als auch die Anerkennung der*** Geschichte, Kultur, Identität und Einzigartigkeit eines jeden Menschen zu stärken,

Or. el

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 6
Ziffer 1 Spiegelstrich 3

- frühzeitig auf diesem Gebiet bestehende Rechtsvorschriften ***und folglich Richtlinien*** umzusetzen;

Or. fr

Änderungsantrag von Frederika Brepoels

Änderungsantrag 7
Ziffer 1 Spiegelstrich 3 a (neu)

- das in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. April 2004 genannte Prinzip des Vertrauens zu respektieren,

Or. nl

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 8
Ziffer 1 Spiegelstrich 3 a (neu)

- Dialog, Information, Bewusstsein und soziale Mobilisierung überall in der Union bezüglich der Aussichten und Vorteile einer multikulturellen Aktion zu fördern und zwar unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Chancen der Zusammenarbeit, des Konsenses, der Akzeptanz und der Integration;

Or. el

Änderungsantrag von Henrik Lax

Änderungsantrag 9
Ziffer 1 Spiegelstrich 3 a (neu)

- weist darauf hin, dass die jüngsten und künftigen Erweiterungen zu einer größeren Zahl an Mitgliedstaaten geführt haben und führen werden, die eine kulturelle und sprachliche Vielfalt aufweisen; ist deshalb der Ansicht, dass die EU eine besondere Verantwortung für den Schutz der Rechte von Minderheiten hat;

Or. en

Änderungsantrag von Henrik Lax

Änderungsantrag 10
Ziffer 1 a (neu)

1a. hebt hervor, dass die grundlegenden Voraussetzungen für eine integrierende Minderheitenpolitik wie folgt sind::
- Notwendigkeit einer angemessenen Vertretung bei der politischen Beschlussfassung,
- notwendige Gewährleistung der Gleichbehandlung von Minderheiten im Hinblick auf Bildung, Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, Justiz und weitere öffentliche Dienste;

Or. en

Änderungsantrag von Henrik Lax

Änderungsantrag 11
Ziffer 1 b (neu)

1b. hebt hervor, dass die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments der kulturellen und sprachlichen Vielfalt der EU und ihrer Mitgliedstaaten Rechnung tragen muss, da die Anzahl der Sitze pro Mitgliedstaat mit jeder späteren Erweiterung abnehmen wird;

Or. en

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 12
Ziffer 2

2. erinnert daran, dass es immer noch keine ***Vereinbarung*** der Gemeinschaft darüber gibt, wer als Angehöriger einer Minderheit betrachtet werden kann und dass ***es keine Definition von Minderheiten in der UN-Erklärung über die Rechte der Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören oder im Europäischen Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) gibt;***

Or. en

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 13
Ziffer 2

2. erinnert daran, dass es immer noch keine verbindlichen Festlegungen der Gemeinschaft darüber gibt, wer als Angehöriger einer Minderheit betrachtet werden kann und dass selbst auf Ebene der Vereinten Nationen oder des Europarats eine Vereinheitlichung dieses Konzepts nicht in Sicht ist***; empfiehlt, dass eine solche Definition sich auf die in der Empfehlung 1201 des Europarats enthaltene Definition von "nationaler Minderheit" stützen sollte, mit der eine Gruppe von Personen in einem Staat bezeichnet wird, die***
- im Hoheitsgebiet eines Staates ansässig und dessen Staatsbürger sind,
- langjährige, feste und dauerhafte Verbindungen zu diesem Staat aufrechterhalten,
- besondere ethnische, kulturelle, religiöse oder sprachliche Merkmale aufweisen,
- ausreichend repräsentativ sind, obwohl ihre Zahl geringer ist als die der übrigen Bevölkerung des Staates oder einer Region des Staates,
- vom Wunsch beseelt sind, die für ihre gemeinsame Identität charakteristischen Merkmale, insbesondere ihre Kultur, ihre Traditionen, ihre Religion oder ihre Sprache, gemeinsam zu erhalten;

Or. en

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 14
Ziffer 3

3. nimmt zur Kenntnis, dass der Minderheitenproblematik in der EU im Allgemeinen nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet wurde und sich dies nun ändern muss, um die Effizienz der Maßnahmen, die von den zuständigen Behörden in diesem Zusammenhang ergriffen werden, zu erhöhen, und ist der Ansicht, dass die Agentur für Grundrechte ***in Verbindung mit sozialer Information, Sensibilisierung und Mobilisierung*** dabei künftig eine Schlüsselrolle spielen muss;

Or. el

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 15
Ziffer 3 a (neu)

3a. nimmt Kenntnis von der fortgesetzten Voreingenommenheit und Homophobie, die immer noch in den öffentlichen Bereichen verbreitet ist, und fordert die Union auf,

alle Mitgliedstaaten auch weiterhin zu drängen, sich an die internationalen und europäischen Menschenrechtsstandards zu halten;

Or. en

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 16
Ziffer 4

4. befürwortet einen integrierten Ansatz im Bereich Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierungen sowie die Verankerung dieses Konzepts innerhalb der einschlägigen Konzepte und Maßnahmen der EU; ist der Ansicht, dass das angestrebte Ziel darin besteht, zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten wirksam und angemessen mit der zunehmenden Vielfalt ihrer Gesellschaften in bezug auf ethnische Herkunft, ***Muttersprache,*** Religion, Alter, Behinderung oder sexuelle Ausrichtung umgehen;

Or. en

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 17
Ziffer 4

4. befürwortet einen integrierten Ansatz im Bereich Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierungen***, die Bekämpfung und Abschwächung der ungleichen Einkommensverteilung*** sowie die Verankerung dieses Konzepts innerhalb der einschlägigen Konzepte und Maßnahmen der EU; ist der Ansicht, dass das angestrebte Ziel darin besteht, zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten wirksam und angemessen mit der zunehmenden Vielfalt ihrer Gesellschaften in bezug auf ethnische Herkunft, Religion, Alter, Behinderung oder sexuelle Ausrichtung umgehen;

Or. el

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 18
Ziffer 4

4. befürwortet einen integrierten Ansatz im Bereich Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierungen sowie die Verankerung dieses Konzepts innerhalb der einschlägigen Konzepte und Maßnahmen der EU; ist der Ansicht, dass das angestrebte Ziel darin besteht, zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten wirksam und

angemessen mit der zunehmenden Vielfalt ihrer Gesellschaften in bezug auf ethnische Herkunft, Religion, Alter, Behinderung oder sexuelle Ausrichtung ***und Geschlechtsidentität*** umgehen[1];

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 19
Ziffer 4

4. befürwortet einen integrierten Ansatz im Bereich Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierungen sowie die Verankerung dieses Konzepts innerhalb der einschlägigen Konzepte und Maßnahmen der EU; ist der Ansicht, dass das angestrebte Ziel darin besteht, zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten wirksam und angemessen mit der zunehmenden Vielfalt ihrer Gesellschaften ***(Streichung)*** umgehen;

Or. fr

Änderungsantrag von Claude Moraes

Änderungsantrag 20
Ziffer 4 a (neu)

4a. ***stellt fest, wie dies im Haager Programm erklärt wird, dass Integrationshindernisse für Drittstaatsangehörige aktiv beseitigt werden müssen und fordert, dass die Integrationspolitik in den verschiedenen Mitgliedstaaten und die entsprechenden Initiativen der EU besser koordiniert werden müssen; die gemeinsamen Grundprinzipien für einen stimmigen europäischen Rahmen für die Integration soll mindestens folgende Aspekte umfassen:***
Integration
- ist ein fortlaufender wechselseitiger Prozess, an dem sowohl die sich rechtmäßig im Land aufhaltenden Drittstaatsangehörigen als auch die Gesellschaft des Gastlandes beteiligt sind,
- umfasst die Anti-Diskriminierungspolitik, reicht jedoch darüber hinaus,
- setzt Respekt vor den Grundwerten der Europäischen Union und den Grundrechten aller Menschen voraus,
- erfordert grundlegende Fertigkeiten, die die Teilnahme in der Gesellschaft ermöglichen,
- stützt sich auf eine vielfache Interaktion und einen interkulturellen Dialog zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft, um in gemeinsamen Foren und bei gemeinsamen Aktivitäten ein besseres gegenseitiges Verständnis zu erreichen,
- erstreckt sich auf zahlreiche Politikbereiche, zu denen u.a. Beschäftigung und

[1] Der Europäische Gerichtshof stellt im Urteil P gegen S und Cornwall County Council eindeutig fest, dass die Diskriminierung transsexueller Personen wegen ihrer Geschlechtsidentität eine Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist. C-13/94 P gegen S und Cornwall County Council [1996] Slg. I-2143.

Bildung gehören;
- stimmt dem Europäischen Rat zu, dass es erforderlich ist, den strukturierten Erfahrungs- und Informationsaustausch im Integrationsbereich zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 21
Ziffer 4 a (neu)

4a. weist auf die uneinheitliche Politik im Bezug auf Minderheiten hin – zwar ist der Schutz der Minderheiten Teil Kriterien von Kopenhagen, aber es gibt keinen Standard für Minderheitenrechte in der Gemeinschaftspolitik;

Or. en

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 22
Ziffer 4 b (neu)

4b. fordert die Kommission dringend auf, einen rahmenpolitischen Standard für den Schutz nationaler Minderheiten im Hinblick auf den folgenden Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten festzulegen: " Die Vertragsparteien verpflichten sich, erforderlichenfalls angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens die vollständige und tatsächliche Gleichheit zwischen den Angehörigen einer nationalen Minderheit und den Angehörigen der Mehrheit zu fördern. In dieser Hinsicht berücksichtigen sie in gebührender Weise die besonderen Bedingungen der Angehörigen nationaler Minderheiten". (FCPNM, Art. 4 Absatz 2);

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 23
Ziffer 4 c (neu)

4c. begrüßt die vorgeschlagene Durchführbarkeitsstudie als wichtigen Schritt hin zu gemeinsamen EU-weiten Schutzstandards und befürwortet weitere EU-Rechtsvorschriften, die bei der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen

Diskriminierung aufgrund von Behinderung, Religion, sexueller Ausrichtung und Alter verbieten und Gleichheit fördern;

Or. en

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 24
Ziffer 5 Spiegelstrich 1

- es keine einheitliche Lösung zur Verbesserung der Lage ***(Streichung) der*** Minderheiten in den Mitgliedstaaten gibt,

Or. en

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 25
Ziffer 5 Spiegelstrich 2

- unter Nutzung der Erfahrungen vieler Mitgliedstaaten und auf Grundlage der Umsetzung ***des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen und*** der entsprechenden Übereinkommen des Europarats, wie z.B. des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen einige gemeinsame Ziele sowie Minimalziele für die Staatsorgane in der EU entwickelt werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag von Frederika Brepoels

Änderungsantrag 26
Ziffer 5 Spiegelstrich 2

entfällt

Or. nl

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 27
Ziffer 5 Spiegelstrich 2

- unter Nutzung der ***bewährten Praktiken*** vieler Mitgliedstaaten und auf Grundlage der Umsetzung der entsprechenden Übereinkommen des Europarats, wie z.B. des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ***sowie der Verwirklichung der im Rahmen der OSZE entwickelten Prinzipien, insbesondere die LUND-Empfehlungen über die wirksame Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben, die Haager Empfehlungen über die Bildungsrechte nationaler Minderheiten und die Oslo-Empfehlungen über die sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten*** einige gemeinsame Ziele sowie Minimalziele für die Staatsorgane in der EU entwickelt werden können;

Or. fr

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 28
Ziffer 5 Spiegelstrich 2

- unter Nutzung der Erfahrungen vieler Mitgliedstaaten und auf Grundlage der Umsetzung der entsprechenden Übereinkommen des Europarats, wie z.B. des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ***und von Protokoll 12 zur Europäischen Menschenrechtskonvention*** einige gemeinsame Ziele sowie Minimalziele für die Staatsorgane in der EU entwickelt werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag von Stavros Lambrinidis

Änderungsantrag 29
Ziffer 5 Spiegelstrich 2

- unter Nutzung der Erfahrungen ***und des in vielen*** Mitgliedstaaten ***stattfindenden sozialen Dialogs*** und auf Grundlage der Umsetzung der entsprechenden Übereinkommen des Europarats, wie z.B. des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen einige gemeinsame Ziele sowie Minimalziele für die Staatsorgane in der EU entwickelt werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 30
Ziffer 5 Spiegelstrich 2

- unter Nutzung der Erfahrungen vieler Mitgliedstaaten und auf Grundlage der Umsetzung der entsprechenden Übereinkommen des Europarats ***(Streichung)***einige gemeinsame Ziele sowie Minimalziele für die Staatsorgane in der EU entwickelt werden könnten;

Or. fr

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 31
Ziffer 8

8. ist deshalb der Ansicht, dass die Union im Einklang mit ihren Mitgliedstaaten und unter Ausnutzung der vorhandenen Rechtsgrundlagen die Förderung einer kohärenten Integrationspolitik durch die Annahme von Gesetzgebungsmaßnahmen und finanzielle Unterstützungen, die auf die Beseitigung von Barrieren und den Schutz kultureller Vielfalt abzielen, als eine vorrangige Aufgabe betrachten sollte; ***fordert in diesem Zusammenhang eine soziale Mobilisierung und insbesondere die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, Bürgervereinigungen usw.;***

Or. el

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 32
Ziffer 8

8. ist deshalb der Ansicht, dass die Union im Einklang mit ihren Mitgliedstaaten und unter Ausnutzung der vorhandenen Rechtsgrundlagen die Förderung einer kohärenten Integrationspolitik durch die Annahme von Gesetzgebungsmaßnahmen ***(Streichung)***, die auf die Beseitigung von Barrieren und den Schutz kultureller Vielfalt ***unter Wahrung der Kultur, der Traditionen und der im Gastland bestehenden Gesetze*** abzielen, als eine vorrangige Aufgabe betrachten sollte;

Or. it

Änderungsantrag von Frederika Brepoels

Änderungsantrag 33
Ziffer 8

8. ist deshalb der Ansicht, dass die Union im Einklang mit ihren Mitgliedstaaten und unter Ausnutzung der vorhandenen Rechtsgrundlagen die Förderung einer kohärenten Integrationspolitik durch die Annahme von Gesetzgebungsmaßnahmen und finanzielle Unterstützungen ***(Streichung)*** als eine vorrangige Aufgabe betrachten soll;

Or. nl

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 34
Ziffer 8

8. ist deshalb der Ansicht, dass die Union im Einklang mit ihren Mitgliedstaaten und unter Ausnutzung der vorhandenen Rechtsgrundlagen die Förderung einer kohärenten ***Politik der individuellen Integration*** durch die Annahme von Gesetzgebungsmaßnahmen und finanzielle Unterstützungen, die auf die Beseitigung von Barrieren und den Schutz kultureller Vielfalt abzielen, als eine vorrangige Aufgabe betrachten sollte;

Or. fr

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 35
Ziffer 9

9. ***nimmt besorgt den unzureichenden Stand der Umsetzung der Anti-Diskriminierungspolitik zur Kenntnis, fordert alle Mitgliedstaaten dringend auf, die Umsetzung der Anti-Diskriminierungspolitik zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf*** *Richtlinie 2000/43/EG (die "Anti-Rassismus-Richtlinie")* ***und Richtlinie 2000/78/EG (die Beschäftigungsrichtlinie),*** *und fordert die Kommission dringend* auf, sich im Rahmen des Europäisches Jahrs der Chancengleichheit 2007 vor allem um angemessene Lösungen zu bemühen, damit folgende Probleme vermieden werden:

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 36
Ziffer 9

9. bedauert ausbleibende Fortschritte seitens der Mitgliedstaaten ***(Streichung)*** bei der Umsetzung *von Richtlinie 2000/43/EG (die "Anti-Rassismus"-Richtlinie")* ***und Richtlinie 2000/78/EG*** *und fordert die Kommission dringend auf*, sich im Rahmen des Europäisches Jahrs der Chancengleichheit 2007 vor allem um angemessene Lösungen zu bemühen, damit folgende Probleme vermieden werden:

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 37
Ziffer 9 Spiegelstrich 2 a (neu)

- ***das Versäumnis, für ausreichende Vorschriften über die Rechtstellung von NRO zu sorgen,***

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 38
Ziffer 9 Spiegelstrich 3

- Versäumnisse in den Bereichen Ausbildung und Schaffung von Kapazitäten, die von großer Bedeutung im Hinblick auf die Effizienz von Rechtsvorschriften im Bereich der Diskriminierungsbekämpfung sind (es ist dringend erforderlich ***– für NRO kostenlose –*** Ausbildungsmöglichkeiten für Richter***, Staatsanwälte,*** Vertreter von Nichtregierungsorganisationen ***die NRO selbst*** u.s.w. im Bereich der wichtigsten Bestimmungen und Begrifflichkeiten, wie z.B. der Definition von direkter und indirekter Diskriminierung, der Beweislast u.s.w. zu schaffen),

Or. fr

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 39
Ziffer 9 Spiegelstrich 3 a (neu)

- ***hebt die Bedeutung der Entwicklung von Mechanismen zur Datenerhebung über Rassendiskriminierung im Einklang mit den Rechtsvorschriften über Datenschutz als wirkungsvolles Mittel der Identifizierung, Überprüfung und Revision von Maßnahmen und Praktiken zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung und zur Förderung der Gleichberechtigung der Rassen hervor;***

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 40
Ziffer 9 Spiegelstrich 4

- unzureichende Öffentlichkeitsarbeit ***und das Ausbleiben einer Sensibilisierungskampagne*** da die Richtlinie von den Mitgliedstaaten fordert, die Bevölkerung über die entsprechenden Bestimmungen des Antidiskriminierungsgesetzes zu informieren (die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und der Sozialpartner ist von großer Bedeutung für eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit und um zu gewährleisten, dass Informationen darüber, welche Möglichkeiten die Richtlinie bietet, die potentiellen Opfer von Diskriminierung auch erreichen);

Or. fr

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 41
Ziffer 9 a (neu)

9a. ist der Ansicht, dass Gleichbehandlung kein Privileg, sondern ein Grundrecht aller Bürger ist und Toleranz eine allgemeine Lebenseinstellung, nicht eine Gunst sein sollte, die einigen gewährt wird und anderen nicht; ist deshalb der Auffassung, das jegliche Form der Diskriminierung mit gleichem Nachdruck bekämpft werden muss;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 42
Ziffer 9 b (neu)

9b. ist besorgt über die wachsende öffentliche Akzeptanz dieser Phänomene und über die zutiefst rassistischen, antisemitischen, islamfeindlichen und homophoben Erklärungen und Aktionen prominenter Politiker und Regierungsmitglieder; fordert alle politischen Parteien auf, ihre Verpflichtung auf die "Charta der europäischen Parteien für eine nicht rassistische Gesellschaft "zu erneuern, die am 5. Dezember 1997 angenommen wurde;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 43
Ziffer 9 c (neu)

9c. warnt vor möglichen diskriminierenden Nebeneffekten von Maßnahmen gegen Verbrechen und Terrorismus, da es Anzeichen dafür gibt, dass ethnische Minderheiten fünf- bis sechsmal wahrscheinlicher Ziel von Polizeiaktionen, Personenkontrollen usw. werden;

Or. en

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 44
Ziffer 10

10. fordert die Organe der Europäischen Union, die Mitgliedstaaten ***(Streichung) alle demokratischen politischen Parteien Europas, die sozialen Strukturen und ihre Vereinigungen dazu auf***:

Or. el

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 45
Ziffer 10 Spiegelstrich 2

- alle Akte und Erscheinungsformen von Antisemitismus ***(Streichung) und eine erneute Verbreitung von Theorien, die den Holocaust leugnen,*** zu verurteilen,

Or. fr

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 46
Ziffer 10 Spiegelstrich 2

- alle Akte und Erscheinungsformen von Antisemitismus ***(Streichung)*** zu verurteilen,

Or. nl

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 47
Ziffer 10 Spiegelstrich 2 a (neu)

- ***die öffentliche Verherrlichung, Leugnung, Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu verurteilen,***

Or. fr

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 48
Ziffer 10 Spiegelstrich 2 b (neu)

- ***alle Akte und Erscheinungsformen von antiislamischem Rassismus zu verurteilen,***

Or. fr

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 49
Ziffer 10 Spiegelstrich 3

- alle Gewalttaten, die aus Hass oder Intoleranz gegenüber anderen Religionen oder Rassen begangen werden, einschließlich Anschlägen auf ***alle*** religiöse Orte, Stätten und Heiligtümer zu verurteilen,

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 50
Ziffer 10 Spiegelstrich 3 a (neu)

- ***alle Akte von durch Hass auf Homosexuelle oder Transsexuelle begründeter Gewalt, einschließlich von Belästigung, Erniedrigung und Beleidigung oder Misshandlung sowohl durch den Staat als auch durch Einzelpersonen zu verurteilen[1],***

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 51
Ziffer 10 Spiegelstrich 4

- die Tatsache zu verurteilen, dass es trotz wichtiger Maßnahmen, die die Europäische Union in Umsetzung von Artikel 13 des EG-Vertrags angenommen hat, auf verschiedenen Ebenen nach wie vor zu religiös oder ethnisch motivierten

[1] Zu den durch Hass auf Homosexuelle begründeten Verbrechen gehört z.B. die Nagelbombe in London (1999), die Angriffe auf die "Pride Marches" genannten Demonstrationen von LGBT in Polen und Bosnien (2004), der brutale Angriff auf Sebastian Nouchet, der in seiner Heimatstadt in Frankreich lebendig verbrannt wurde (2004).

Diskriminierungen kommt; ***weist in diesem Zusammenhang besonders auf die Diskriminierung von Angehörigen von Minderheiten durch die Justiz hin;***

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 52
Ziffer 10 Spiegelstrich 4 a (neu)

- ***die öffentliche Verherrlichung, Leugnung, gemeine Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu verurteilen,***

Or. fr

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 53
Ziffer 10 a und 10 b (neu)

10a. fordert nachdrücklich die Schaffung spezifischer Einheiten innerhalb der Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, um Fälle von rassistisch bedingten Vergehen und die Tätigkeiten rassistischer Gruppierungen zu bekämpfen; diese Einheiten sollten Systeme einrichten, um rassistische Vorfälle, die ihnen zur Kenntnis gebracht werden, zu überwachen, einzustufen, zu registrieren und weiterzuverfolgen;

10b. empfiehlt die Weiterentwicklung von Leitlinien zur Datenerhebung über rassistische Vorfälle durch die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) entsprechend den Datenschutzgarantien und in Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden, wie z.B. Polizei und Staatsanwaltschaften; ermutigt zur Entwicklung alternativer Mechanismen zur Datenerhebung, wie z.B. Studien über rassistische Verbrechen und deren Opfer;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 54
Ziffer 10 b (neu)

10b. fordert die Mitgliedstaaten und die Bewerberländer dringend auf, ihre Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung von Minderheiten zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 55
Ziffer 10 c (neu)

10c. ist der Ansicht, dass ein Vorgehen gegen die wachsende Homophobie erforderlich ist; nimmt besorgt die zunehmende Gewalt gegen Homosexuelle zur Kenntnis sowie die Schikanen an Schulen und das Mobbing am Arbeitsplatz, die Abgabe hasserfüllter Kommentare durch religiöse und politische Führer, den geringeren Zugang zur Gesundheitsversorgung (z.B. Ausschluss von der Versicherung, geringere Verfügbarkeit von Organen für Transplantationen) und den geringeren Zugang zum Arbeitsmarkt; fordert die Kommission auf, eine Mitteilung über die Behinderung der Freizügigkeit in der EU für verheiratete oder rechtlich anerkannte homosexuelle Paare vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 56
Ziffer 10 d (neu)

10d. hebt erneut hervor, dass Diskriminierung aufgrund der Religion verboten ist; fordert die Mitgliedstaaten und Bewerberländer auf, uneingeschränkte Religionsfreiheit und gleiche Rechte für alle Religionen sicherzustellen; bekräftigt jedoch, dass die Religionsfreiheit keine Diskriminierung, z.B. im Bildungsbereich, rechtfertigt;

Or. en

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 57
Ziffer 11

11. fordert den Rat und die Kommission ***(Streichung)*** nachdrücklich auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Anschlägen auf Minderheiten, ***(Streichung)*** in den Mitgliedstaaten zu koordinieren, um den Grundsätzen der Toleranz und Nichtdiskriminierung Geltung zu verschaffen und die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration zu fördern;

Or. nl

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 58
Ziffer 11

11. fordert den Rat und die Kommission sowie die einzelnen lokalen, regionalen und nationalen Entscheidungsebenen der Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Anschlägen auf Minderheiten, einschließlich Roma sowie Drittstaatsangehörige ***und Staatenlose***, in den Mitgliedstaaten zu koordinieren, um den Grundsätzen der Toleranz und Nichtdiskriminierung Geltung zu verschaffen und die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration ***aller Einwohner ungeachtet ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Religion, sexuellen Ausrichtung oder ihres Alters*** zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 59
Ziffer 11

11. fordert den Rat und die Kommission sowie die einzelnen lokalen, regionalen und nationalen Entscheidungsebenen der Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Anschlägen auf Minderheiten, einschließlich Roma sowie Drittstaatsangehörige, in den Mitgliedstaaten zu koordinieren, um den Grundsätzen der Toleranz und Nichtdiskriminierung Geltung zu verschaffen und die gesellschaftliche ***und*** wirtschaftliche ***(Streichung)*** Integration zu fördern;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania, Ole Krarup, Miguel Portas

Änderungsantrag 60
Ziffer 11

11. fordert den Rat und die Kommission sowie die einzelnen lokalen, regionalen und nationalen Entscheidungsebenen der Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus***, Islamfeindlichkeit*** und Anschlägen auf Minderheiten, einschließlich Roma sowie Drittstaatsangehörige, in den Mitgliedstaaten zu koordinieren, um den Grundsätzen der Toleranz und Nichtdiskriminierung Geltung zu verschaffen und die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration zu fördern;

Or. it

Änderungsantrag von Viktória Mohácsi

Änderungsantrag 61
Ziffer 11

11. fordert den Rat und die Kommission sowie die einzelnen lokalen, regionalen und nationalen Entscheidungsebenen der Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus, ***Zigeuner/Romafeindlichkeit und Islamfeindlichkeit*** und Anschlägen auf Minderheiten, einschließlich Roma sowie Drittstaatsangehörige, in den Mitgliedstaaten zu koordinieren, um den Grundsätzen der Toleranz und Nichtdiskriminierung Geltung zu verschaffen und die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 62
Ziffer 12

12. ist überzeugt, dass dazu auch die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene gehören sollte, einschließlich des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen kulturellen, ethnischen und religiösen Gemeinschaften; ***fordert die Mitgliedstaaten dringend auf, bei der Ausarbeitung von Antidiskriminierungsgesetzen alle betroffenen Parteien einzubeziehen und zu***

konsultieren;

Or. en

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 63
Ziffer 12

12. ist überzeugt, dass dazu auch die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene gehören sollte, einschließlich des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen ***(Streichung)*** ethnischen, ***sprachlichen*** und religiösen Gemeinschaften;

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 64
Ziffer 12

12. ist überzeugt, dass dazu auch die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene gehören sollte, einschließlich des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen kulturellen, ethnischen und religiösen ***Kräften;***

Or. fr

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 65
Ziffer 12 a (neu)

12a. fordert die Sozialpartner auf, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um Diskriminierung aufgrund von Behinderung oder Alter zu beseitigen und für einen grundlegend verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 66
Ziffer 12 b (neu)

12b. stellt tief enttäuscht fest, dass nach einem Vierteljahrhundert der Gleichberechtigungspolitik das geschlechtsspezifische Lohngefälle kaum beseitigt ist; fordert die Kommission auf, bis Ende 2005 Bericht über die derzeitige Situation im Zusammenhang mit dem Lohngefälle in jedem Mitgliedstaat zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 67
Ziffer 13 einleitender Teil

13. bekräftigt seine Überzeugung, dass Gedenken und Aufklärung wesentliche Elemente sind, um Intoleranz, Diskriminierung und Rassismus auszumerzen, und fordert den Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten dringend auf, ***alle Formen der Diskriminierung*** verstärkt zu bekämpfen, indem:

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania, Ole Krarup, Miguel Portas

Änderungsantrag 68
Ziffer 13 Einleitung

13. bekräftigt seine Überzeugung, dass Gedenken und ***politische Bildung*** wesentliche Elemente sind, um Intoleranz, Diskriminierung und Rassismus auszumerzen, und fordert den Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten dringend auf, Antisemitismus***, Islamfeindlichkeit*** und Rassismus verstärkt zu bekämpfen, indem:

Or. it

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 69
Ziffer 13 Spiegelstrich 2

- Förderung und Verbreitung der Werte und Methoden der Bekämpfung von Diskriminierung, einschließlich Maßnahmen zur Sensibilisierung ***und deren Unterstützung***, da es den Standpunkt vertritt, dass die Verhinderung von Diskriminierungen ebenso wichtig wie der Kampf gegen Diskriminierungen ist;

Or. fr

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 70
Ziffer 13 Spiegelstrich 2 a (neu)

- ***die Ausbildung von Lehrern dergestalt gefördert wird, dass sie einerseits über bessere Möglichkeiten in den Schulen verfügen, die Notwendigkeit der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Toleranz und andererseits den Nutzen der kulturellen Vielfalt zu vermitteln, der sich vor allem aus der Einwanderung ergibt;***

Or. fr

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 71
Ziffer 14

14. ist der Ansicht, dass ***die*** Gemeinschaft ***der Roma, die größte und schutzbedürftigste Minderheitengruppe in der Union, besonderer Aufmerksamkeit bedarf, da sie*** in der Vergangenheit marginalisiert und daran gehindert wurde, sich in wichtigen Bereichen zu entwickeln: die Kultur, Geschichte und Sprache der Roma wurden oft vernachlässigt oder verunglimpft;

Or. en

Änderungsantrag von Viktória Mohácsi

Änderungsantrag 72
Ziffer 14

14. ist der Ansicht, dass diese Gemeinschaft besonderen Schutzes bedarf, da sie nach der Erweiterung der Union eine der größten Minderheiten innerhalb der EU ist ***und immer noch weitgehend diskriminiert wird*** und als Gemeinschaft in der Vergangenheit marginalisiert und daran gehindert wurde, sich in wichtigen Bereichen zu entwickeln***; stellt fest, dass die Roma mit Rassentrennung im Bildungsbereich konfrontiert sind und sehr häufig fälschlicherweise Schulen für geistig Behinderte zugewiesen werden, bei der Bereitstellung von Wohnraum, Gesundheitsversorgung und öffentlichen Diensten diskriminiert werden, hohe Arbeitslosenraten aufweisen und dass ihnen häufig von den öffentlichen Behörden ihre Rechte vorenthalten werden;*** Kultur, Geschichte und Sprache der Roma wurden oft vernachlässigt oder verunglimpft;

Or. en

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 73
Ziffer 14 a (neu)

14a. ist der Ansicht, dass die Roma unter sehr hohen Arbeitslosenraten leiden, in schlechter Schulbildung isoliert sind, dass sie in schlechten Wohnverhältnissen leben, kaum Zugang zur Gesundheitsversorgung haben, unter der weit verbreiteten Zigeunerfeindlichkeit leiden und politisch unterrepräsentiert sind;

Or. en

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 74
Ziffer 15 erster Teil

15. begrüßt die Veröffentlichung des oben erwähnten Grünbuchs, in dem die Probleme der Roma im erweiterten Europa dargestellt werden ***(Streichung)*** sowie das spezielle Praktikumprogramm für Angehörige der Gemeinschaft der Roma; vertritt indes den Standpunkt, dass die offensichtlichsten Benachteiligungen behoben werden könnten durch:

Or. en

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 75
Ziffer 15 Spiegelstrich 1

- die Umsetzung ***eines*** gemeinsamen ***positiven Aktionsplans*** der Mitgliedstaaten, in denen die Vertreter dieser Gemeinschaft leben, um innerhalb der kommenden zehn Jahre die offensichtlichsten Benachteiligungen, denen Roma ausgesetzt sind, zu beheben,

Or. en

Änderungsantrag von Viktória Mohácsi

Änderungsantrag 76
Ziffer 15 Spiegelstrich 1

- die Umsetzung von gemeinsamen Integrationsprojekten der Mitgliedstaaten, in denen die Vertreter dieser Gemeinschaft leben, um innerhalb der kommenden zehn Jahre die offensichtlichsten Benachteiligungen, denen Roma ausgesetzt sind, ***wie z.B. Rassentrennung in Bildungssystemen und die Tatsache, dass sie häufig fälschlicherweise aus Gründen der Rasse Schulen für geistig Behinderte zugewiesen werden,*** zu beheben;

Or. en

Änderungsantrag von Viktória Mohácsi

Änderungsantrag 77
Ziffer 15 Spiegelstrich 4

- die Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt ***(Streichung)*** *zu* Sozialleistungen***, Wohnraum, Gesundheitsversorgung*** und Systemen zur Altersvorsorge;

Or. en

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 78
Ziffer 15 Spiegelstrich 3

- die Förderung des Erwerbs der Sprache der Länder, in denen die Angehörigen dieser Gemeinschaft leben, und der Vermittlung ihrer ***(Streichung)*** Sprache, um ihre Kultur und ihren sozialen Zusammenhalt zu stärken,

Or. en

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 79
Ziffer 15 Spiegelstrich 4

- die Verbesserung des Zugangs ***zu Bildung***, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, ***Gesundheitsversorgung***, Sozialleistungen und Systemen zur Altersvorsorge;

Or. en

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 80
Ziffer 15 Spiegelstrich 3

- die Förderung des Erwerbs der Sprache der Länder, in denen die Angehörigen dieser Gemeinschaft leben ***und die Unterstützung der Erhaltung der Sprachen und des kulturellen Erbes der Roma, um dadurch ihre eigene Kultur und ihr Selbstverständnis zu stärken,***

Or. en

Änderungsantrag von Kinga Gál

Änderungsantrag 81
Zwischenüberschrift nach Ziffer 15

Neue ***und seit längerer Zeit ansässige*** *Einwanderer*

Or. en

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 82
Ziffer 16

entfällt

Or. nl

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 83
Ziffer 16 a (neu)

16a. hält es für wichtig, dass keine absolute Unterscheidung zwischen neuen Einwanderern und bereits seit Generationen ansässigen Einwanderern oder zwischen "neuen" und "alten" Minderheiten durch Ausschluss ersterer und Einbeziehung letzterer gemacht wird, und stattdessen anerkannt wird, dass bei der Anwendung der Schutzmechanismen die "alten" Minderheiten größere Ansprüche als die "neuen" haben;

Or. en

Änderungsantrag von Kinga Gál

Änderungsantrag 84
Zwischenüberschrift nach Ziffer 16

Seit länger Zeit ansässige ***ethnische Minderheitengemeinschaften*** *mit* ***ethnischem Hintergrund***

Or. en

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 85
Ziffer 17

17. vertritt den Standpunkt, dass es von großer Wichtigkeit ist, zwischen Neuzuwanderern und vor längerer Zeit zugewanderten ethnischen Minderheiten zu unterscheiden, die verschiedenen Formen von Diskriminierungen ausgesetzt sein können; stellt besorgt fest, dass seit längerer Zeit ansässige ethnische Minderheiten nach wie vor diskriminiert werden, z.B. am Arbeitsplatz, auch wenn sie über die gleiche oder eine bessere Ausbildung verfügen als Arbeitnehmer, die keiner Minderheit angehören; ***(Streichung)***

Or. it

Änderungsantrag von Kinga Gál

Änderungsantrag 86
Ziffer 17

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 87
Ziffer 17

17. vertritt den Standpunkt, dass es von großer Wichtigkeit ist, zwischen Neuzuwanderern und vor längerer Zeit zugewanderten ethnischen Minderheiten zu unterscheiden, die

verschiedenen Formen von Diskriminierungen ausgesetzt sein können; stellt besorgt fest, dass seit längerer Zeit ansässige ethnische Minderheiten nach wie vor diskriminiert werden, ***wie*** z.B. am Arbeitsplatz, auch wenn sie über die gleiche oder eine bessere Ausbildung verfügen als Arbeitnehmer, die keiner Minderheit angehören***, und wie beim Zugang zu Wohnraum, was angemessen sanktioniert werden muss; stellt fest, dass ein erheblicher Teil der Unionsbürger von ethnischen Minderheiten abstammt;***

Or. fr

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 88
Zwischenüberschrift nach Ziffer 17

Unterschiedliche (Streichung) nationale ***oder ethnische, religiöse und sprachliche*** Minderheiten, *die in einem Mitgliedstaat leben*

Or. en

Änderungsantrag von Kinga Gál, Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 89
Zwischenüberschrift nach Ziffer 17 (neu)

Traditionelle nationale oder ethnische Minderheiten, die in einem Mitgliedstaat leben

Or. en

Änderungsantrag von Frederika Brepoels

Änderungsantrag 90
Ziffer 18 erster Satz

18. vertritt den Standpunkt, dass die dringendste Aufgabe darin besteht, die Angehörigen dieser Minderheiten schnellstmöglich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren; ***(Streichung)***

Or. nl

Änderungsantrag von Giusto Catania, Ole Krarup, Miguel Portas

Änderungsantrag 91
Ziffer 18

18. vertritt den Standpunkt, dass die dringendste Aufgabe darin besteht, die Angehörigen dieser Minderheiten schnellstmöglich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren, einschließlich einer weiteren Vereinfachung der entsprechenden Einbürgerungsverfahren ***und der Anerkennung des Rechts jeder in einem Mitgliedstaat geborenen und dort lebenden Person auf dessen Staatsbürgerschaft;*** ruft jene Mitgliedstaaten, die bislang das FCNM nicht ratifiziert haben auf, dies unverzüglich zu tun;

Or. en

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 92
Ziffer 18

18. vertritt den Standpunkt, dass ***diese Minderheiten dringend einen rahmenpolitischen Maßstab für ihre wirkungsvolle Beteiligung am Beschlussfassungsprozess im Zusammenhang mit ihrer Identität benötigen und durch verschiedene Formen der Selbstverwaltung oder Autonomie vor einer Zwangsassimilation geschützt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 93
Ziffer 18

18. vertritt den Standpunkt, dass die dringendste Aufgabe darin besteht, die Angehörigen dieser Minderheiten schnellstmöglich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren, einschließlich einer weiteren Vereinfachung der entsprechenden Einbürgerungsverfahren; ruft jene Mitgliedstaaten, die bislang das FCNM nicht ratifiziert haben auf, dies unverzüglich zu tun ***und fordert die Mitgliedstaaten, die das Rahmenabkommen mit Vorbehalten und einschränkenden Erklärungen ratifiziert haben auf, diese aufzuheben;***

Or. fr

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 94
Ziffer 18

18. vertritt den Standpunkt, dass die dringendste Aufgabe darin besteht, die Angehörigen dieser Minderheiten schnellstmöglich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren, einschließlich einer weiteren Vereinfachung der entsprechenden Einbürgerungsverfahren; ruft jene Mitgliedstaaten, die bislang das FCNM nicht ratifiziert haben auf, dies ***ohne Vorbehalte und einschränkende Erklärungen*** zu tun;

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 95
Ziffer 18 a (neu)

18a. Sprachliche Minderheiten

ist der Ansicht, dass den zu sprachlichen Minderheiten gehörenden Personengruppen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss und appelliert an die Kommission und die Mitgliedstaaten, sie entsprechend den in der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen, im Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, in den Haager Empfehlungen betreffend die Bildungsrechte nationaler Minderheiten der OSZE und den Oslo-Empfehlungen über die sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten der OSZE festgelegten Prinzipien zu behandeln;

Or. fr

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 96
Ziffer 18 b (neu)

18b. vertritt die Auffassung, dass durch den Schutz der Minderheiten gewährleistet werden soll, dass die Integration nicht zu einer ungewollten Assimilation wird oder die Gruppenidentität von Personen untergräbt, die im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats leben; Behinderungen des Erwerbs der Staatsbürgerschaft durch Angehörige von Minderheiten sollten verringert werden;

Or. en

Änderungsantrag von Kinga Gál

Änderungsantrag 97
Ziffer 18 c (neu)

18c. hält es für wichtig, einen Unterschied zwischen Minderheiten mit Migrationshintergrund und den traditionellen nationalen und ethnischen Minderheiten zu machen, die auf ihrem angestammten Gebiet leben;

Or. en

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 98
Ziffer 18 d (neu)

18d. fordert, dass Daten über direkte oder indirekte Diskriminierung erhoben werden (z.B. der Anteil von Angehörigen nationaler Minderheiten an den von Armut bedrohten Personen, an den Beschäftigten und Arbeitslosen, ihr Bildungsniveau, usw.), um ein angemessenes Feedback über die Wirksamkeit der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Diskriminierung und zum Schutz der Minderheiten zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag von Kinga Gál

Änderungsantrag 99
Ziffer 18 e (neu)

18e. ist der Meinung, dass diese traditionellen nationalen Minderheitengemeinschaften spezifische Bedürfnisse haben, die sich von anderen Minderheitengruppen unterscheiden, und dass die Union sich angemessener um diese Bedürfnisse kümmern muss, da ihre Zahl bei der Erweiterung erheblich gestiegen ist;

Or. en

Änderungsantrag von Kinga Gál

Änderungsantrag 100
Ziffer 18 f (neu)

18f. ist der Auffassung, dass eine effektive Beteiligung an der Beschlussfassung auf der Grundlage der Prinzipien der Subsidiarität und Selbstverwaltung eines der wirkungsvollsten Mittel darstellt, um die Probleme traditioneller Minderheitengemeinschaften nach dem Vorbild der bewährtesten Praktiken innerhalb der Union zu behandeln;

Or. en

Änderungsantrag von Claude Moraes

Änderungsantrag 101
Vor Ziffer 18 g (neue Zwischenüberschrift)

"Nicht-Bürger", die dauerhaft in Estland und Lettland ansässig sind

Or. en

Änderungsantrag von Claude Moraes

Änderungsantrag 102
Ziffern 18 g - 18 i (neu)

18g. ist der Ansicht, dass die mehr als 150 000 zumeist russischsprachigen und dauerhaft in Estland ansässigen "Nicht-Bürger" und die über 450 000 zumeist russischsprachigen und dauerhaft in Lettland ansässigen "Nicht-Bürger", die nicht die Staatsbürgerschaft irgendeines anderen Staates besitzen, vor einer einmaligen Situation in der EU stehen, und fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Rechte (insbesondere das Wahlrecht bei lokalen Wahlen und das Recht auf Freizügigkeit) mit denen der EU-Bürger zu harmonisieren;

18h. fordert die Regierung Estlands und Lettlands auf, das Prinzip der effektiven Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben gemäß Artikel 15 des FCNM sowie gemäß der Lund-Empfehlungen der OSZE auf ihre "Nicht-Bürger"-Gemeinschaften als Schlüssel zu ihrer Integration anzuwenden und das Einbürgerungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, um unverzüglich die estnische und lettische Staatsbürgerschaft der Mehrheit derjenigen zu gewähren, die sie noch nicht besitzen;

18i. fordert die Kommission auf, das Mandat der Arbeitsgruppe über die Roma und die

Strukturfonds auf die russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland auszudehnen oder eine spezielle Arbeitsgruppe einzusetzen, um sich mit ihrer Lage zu befassen;

Or. en

Änderungsantrag von Edit Bauer

Änderungsantrag 103
Ziffer 19 Buchstabe b

b) Artikel 18 des EG-Vertrags, der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit garantiert, könnte als Grundlage dienen, um die Freizügigkeit der Angehörigen von Minderheiten zu vereinfachen, wobei ihre Abschottung ***(Streichung),*** das Entstehen neuer „Ghettos“ ***oder die Zwangsassimilation*** vermieden werden soll,

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania, Ole Krarup, Miguel Portas

Änderungsantrag 104
Ziffer 19 Buchstabe e

e) Artikel 62 des EG-Vertrags, in dem Fragen zur Einwanderungspolitik geregelt werden, die auch sechs Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam noch verbesserungswürdig erscheint (beachtet werden muss die Notwendigkeit einer Integration von Einwanderern, die sich ***(Streichung)*** legal in der EU aufhalten, wie in der Entschließung zum Bericht Gaubert über die Zusammenhänge zwischen legaler und illegaler Migration dargestellt wird),

Or. it

Änderungsantrag von Lívia Járóka

Änderungsantrag 105
Ziffer 19 a (neu)

19a. fordert den Europäischen Rat auf, sich einer Einigung über den Vorschlag der Kommission für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (KOM (2001)664 endg.)anzunähern; hält den Rahmenbeschluss für einen wichtigen Schritt hin zur Festlegung eines Rahmens für die EU-weite Bestrafung rassistischer/fremdenfeindlicher Gewalt als strafbare Handlung und für die Anerkennung einer rassistischen/fremdenfeindlichen Motivation als erschwerenden Umstand für eine Strafverschärfung; verweist auf

eine frühere Entschließung des Europäischen Parlaments, die den Vorschlag befürwortete (ABl. C271E vom 12. November 2003, Seite 558) und begrüßt den Beschluss des Rates Justiz und Inneres vom 24. Februar 2005, den vorher blockierten Rahmenbeschluss erneut zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 106
Ziffer 20 Spiegelstrich 1

- indem ***(Streichung) Verwaltungsverfahren*** leichter gemacht ***werden, um*** Mittel aus dem Strukturfonds, dem Kohäsionsfonds, dem Europäischen Sozialfonds und insbesondere der Gemeinschaftsinitiative EQUAL zu nutzen,

Or. nl

Änderungsantrag von Tatjana Ždanoka

Änderungsantrag 107
Ziffer 20 Spiegelstrich 1

- indem ***eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der Diskriminierung von Minderheiten mit Hilfe des*** Strukturfonds, ***des*** Kohäsionsfonds, ***des*** Europäischen Sozialfonds und insbesondere der Gemeinschaftsinitiative EQUAL ***ausgearbeitet wird***,

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 108
Ziffer 20 Spiegelstrich 3 a (neu)

- ***indem sich die Nichtdiskriminierung wie ein Faden durch die Europäischen Strukturfonds und insbesondere den Europäischen Sozialfonds zieht und der ESF aktiv als ein Instrument zur Umsetzung der Richtlinie 2000/78/EG und 2000/43/EG gefördert wird,***

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 109
Ziffer 20 Spiegelstrich 3 b (neu)

- ***indem die Finanzierung transnationaler Initiativen im Bereich der Nichtdiskriminierung und sozialen Eingliederung wieder in den Programmvorschlag PROGRESS aufgenommen wird,***

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 110
Ziffer 20 Spiegelstrich 3 c (neu)

- ***indem es Nichtregierungsorganisationen, die die Interessen im Zusammenhang mit allen in Artikel 13 EGV genannten Gründen vertreten, leichter gemacht wird, die Europäischen Strukturfonds, und insbesondere den Europäischen Sozialfonds, zu nutzen,***

Or. en

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 111
Ziffer 22 Spiegelstrich 2

- der offenen Kooperationsmethode, in deren Rahmen zuständige Behörden der verschiedenen Mitgliedstaaten und Vertreter der EU-Organe zusammenarbeiten ***und bewährte Praktiken austauschen;***

Or. fr

Änderungsantrag von Claude Moraes

Änderungsantrag 112
Ziffer 22 a (neu)

22a. fordert unter Berücksichtigung von Artikel 262 und Artikel 265 EGV den Ausschuss der Regionen bzw. den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

auf, Stellung zur Frage des Minderheitenschutzes und der Antidiskriminierungspolitik zu nehmen, die in dieser Entschließung angesprochen wird; fordert die beiden Ausschüsse auf, eine solche Stellungnahme bis Mitte 2006 abzugeben und sich dabei auf die spezifische Rolle zu konzentrieren, die regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften und die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Akteure der organisierten Zivilgesellschaft spielen könnten;

Or. en

Änderungsantrag von Michael Cashman, Martine Roure

Änderungsantrag 113
Ziffer 23

23. ist der Ansicht, dass es für die Agentur für Grundrechte von größter Bedeutung ist, ***über die Ressourcen und das Personal zu verfügen, um*** sich in enger Zusammenarbeit mit den nationalen ***und internationalen*** Institutionen, die die Einhaltung der Grundrechte überwachen, zu einem wertvollen Instrument der Zusammenarbeit mit den EU-Organen zu entwickeln; glaubt, dass diese Agentur ebenfalls die Auswirkungen der Maßnahmen, die in dieser Entschließung behandelt werden, kontrollieren und dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der Mitgliedstaaten regelmäßig Bericht erstatten soll;

Or. en

Änderungsantrag von Viktória Mohácsi

Änderungsantrag 114
Ziffer 23

23. ist der Ansicht, dass es für die Agentur für Grundrechte von größter Bedeutung ist, sich in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Institutionen, die die Einhaltung der Grundrechte überwachen, zu einem wertvollen Instrument der Zusammenarbeit mit den EU-Organen zu entwickeln; ***ist überzeugt davon, dass die Agentur für Grundrechte ihre Mittel auf die dringendsten Probleme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und auf Fragen im Zusammenhang mit stark gefährdeten Gruppen, wie z.B. Roma-Gemeinschaften, jüdische und muslimische Gemeinschaften konzentrieren sollte;*** glaubt, dass diese Agentur ebenfalls die Auswirkungen der Maßnahmen, die in dieser Entschließung behandelt werden, kontrollieren und dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der Mitgliedstaaten regelmäßig Bericht erstatten soll;

Or. en